

9. Oktober 2005, NZZ am Sonntag

SP-Nationalrätin will internationalen Druck gegen die Schweiz organisieren

Der Kampf um die Besteuerung von Schumacher und Co. geht in die nächste Runde

Im Parlament ist die SP gescheitert mit dem Anliegen, ausländische Superreiche stärker zu besteuern. Jetzt sucht SP-Nationalrätin Leutenegger Oberholzer Hilfe im Ausland.

Markus Häfliger

Es war exakt 18 Uhr 52, und angesichts der vorgerückten Stunde sassen zwanzig SVP- und acht FDP-Nationalräte bereits beim Bier. Dennoch hatten die Bürgerlichen am Donnerstagabend noch genügend Stimmkraft im Nationalratssaal, um die parlamentarische Initiative von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer zu bodigen. Mit 87 gegen 67 Stimmen lehnte der Rat es ab, die «Pauschalbesteuerung» zu verbieten. Die Kantone dürfen mit reichen Ausländern also weiterhin Steuerabkommen abschliessen, aufgrund deren bloss ein Bruchteil des Einkommens und Vermögens besteuert wird. Über 3000 Ausländer profitieren von solchen Deals - vor allem in den Kantonen Genf, Waadt, Wallis, Graubünden und Tessin.

Trotz dem Parlaments-Verdikt zugunsten der Michael Schumachers und Tina Turners lässt sich die SP nicht beirren. «Wir machen weiter», sagt Leutenegger Oberholzer. «Fehlende Ausdauer war noch nie mein Problem.» Weil sie weiss, dass sie innenpolitisch chancenlos ist, setzt sie jetzt auf internationale Hilfe. Bereits im Rat hatte sie gewarnt: «Sie können sicher sein, das wird sich das Ausland auf die Dauer nicht bieten lassen.» Was sie nicht sagte, ist, dass sie dabei gerne etwas nachhilft. «Der Druck auf die Schweiz wird zunehmen, und ich werde dabei mithelfen», sagt sie. Internationaler Druck sei der «einzige Hebel», der hier wirke.

Unfair gegen Deutsche?

Eine Gelegenheit, diesen Hebel anzusetzen, gibt es schon bald. Mitte Oktober trifft sich in Brüssel ein Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Sozialisten, mit denen die SP Schweiz assoziiert ist. Bei dieser Sitzung wolle die SP die europäischen Genossen für das Thema sensibilisieren, kündigt die Nationalrätin an.

Zumindest in Deutschland stösst die 57-jährige Baselbieterin bereits auf Resonanz. In der «Bild am Sonntag» erklärte die Nationalrätin (Überschrift: «Die Frau, die an Schumis Millionen will») zuhanden der deutschen Öffentlichkeit: «Es kann nicht sein, dass Michael Schumacher und andere reiche Ausländer von normalen Einkommensteuern befreit werden.» Das sei gegenüber den Schweizern «ungerecht» und gegenüber den Nachbarländern «unfair». Der Steuerwettbewerb schade allen Ländern, sagt Leutenegger Oberholzer, «weil er den Staat aushöhlt».

Der Kampf gegen die Superreichen zeigt, dass die SP seit kurzem die Steuerpolitik neu entdeckt hat. So deponierte die Partei am Freitag ein ganzes Paket von parlamentarischen Vorstössen unter dem Titel «Für mehr Steuergerechtigkeit». Für SP-Generalsekretär Thomas Christen ist die Sonderbesteuerung reicher Ausländer «ein besonders krasses Beispiel solcher Ungerechtigkeiten im Steuersystem».

Warnung vor Eigengoal

Von dieser Argumentation halten die bürgerlichen Politiker nicht viel. Der frühere Schaffhauser

Finanzdirektor und heutige FDP-Ständerat Peter Briner erachtet es schon als heikel, wenn das Thema Pauschalbesteuerung innenpolitisch allzu intensiv diskutiert wird - ganz zu schweigen von einer gezielten Information ausländischer Politiker. «Das Ausland schaut der Schweiz über die Schulter», warnt Briner. «Wir riskieren, dass wir uns mit solchen Debatten ein Eigengol schiessen.»

SVP-Fraktionschef Caspar Baader wirft der SP vor, das Thema «populistisch» auszuschlachten. Auch andere Länder hätten Ausnahmeregelungen für Ausländer. «Diesem Wettbewerb kann sich die Schweiz nicht entziehen.» In der Tat sparen auch Schweizer durch einen Umzug Steuern - so etwa Klaus Jacobs, der in England residiert. Dass Schweizer Reiche ins Ausland ziehen und Ausländer in die Schweiz, sei «absurd», kritisierte Christoph Blocher schon vor anderthalb Jahren in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Als Ausweg propagierte Blocher einen Ansatz, der demjenigen der SP diametral gegenübersteht: Er plädierte dafür, den Kantonen zu erlauben, auch mit vermögenden Schweizern steuerliche Deals abzuschliessen. Diese Idee wurde laut Caspar Baader in der SVP «bis jetzt nicht weiter ausdiskutiert».

Kommentar Seite 23

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/10/09/il/articleD7QFX.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG